

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 107a.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm's, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postcheckkonto Berlin 5386.

Inhalt: 13. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. — Arbeitslöhne und Unternehmergewinne nach dem Kriege. — Interesse an der sofortigen Einführung des freien Handels. — Arbeitslohn — Warenpreis — Teuerung. — Aus der Textilindustrie. — Zur Ernährungsfrage. — Quittung. — Bekanntmachungen.

13. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Begrüßungsfeier.

Aus allen Ecken Deutschlands fanden sich die Delegierten der Textilarbeiter in der Hauptstadt des Vogtlandes zu erster Arbeit ein. Für einen würdigen Empfang der Abgesandten des freigewerkschaftlich organisierten Textilproletariats hatte die Plauener Filiale Sorge getragen. Das Bewies der Begrüßungskommission am Sonntagabend im Gewerkschaftshaus. Der Saal ist einfach, aber sinnbildlich geschmückt. Alles Geräusch verstummt, als die Stadtkapelle die Overtüre zu Wagners „Lohengrin“ zu spielen beginnt. Und diese lautlose Stille hält während des ganzen Abends an, wenn die Mitwirkenden das schön zusammengestellte Programm erledigen. Die städtische Kapelle unter Leitung ihres Kapellmeisters Herrn Werner bot vorzügliches und brachte die Kompositionen von Wagner ebenso trefflich heraus wie die von Mozart oder Gluck. Unter Begleitung der Kapelle ließ Frä. Dienemann ihre herrliche Sopranstimme erklingen. Und sie hatte einen vollen Erfolg mit dem Vortrag ihrer Mozartschen Lieder. Das Ganze umrahmten die prächtigen Gesangsvorträge des Arbeiter-Sängerkorps, die dem Stab ihres Dirigenten, des Herrn Lehrer Hertel, willig folgten und ihre Aufgabe gleichfalls zur vollsten Zufriedenheit lösten. Der rauschende Beifall der allen Mitwirkenden gependet wurde, zeigte, daß die Besucher die künstlerischen Leistungen zu schätzen wußten.

Im Namen des Gauvorstandes hieß Kollege Dressel die Delegierten der Generalversammlung willkommen. Die Folgen des Krieges für die Industrie und die Entwicklung der Organisation in Plauen auf der anderen Seite zeigte der Redner in treffenden Worten. Dabei vergaß er aber nicht, hervorzuheben, wie groß die Aufgaben sind, die die Generalversammlung zu erledigen hat. Auch die Textilarbeiterorganisation muß die Waffen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung mit Schmieden helfen, die die Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch befreien. Mögen auch manchmal in den Verhandlungen die Geister scharf aufeinanderprallen, so muß doch dieser Geisteskampf das wirksamste und brauchbarste Mittel zur Erreichung der sozialistischen Gesellschaft schaffen. Nicht nur 350 000 organisierte Textilarbeiter blicken auf den Abend, sondern die ganze Kulturwelt, und es muß uns in Zukunft gelingen, wieder an der Spitze der internationalen Textilarbeiterbewegung zu marschieren. Kollege Dressel wünschte zum Schluß, nachdem er noch kurz die Entwicklung der Filiale Plauen mit ihren 12 000 Mitgliedern, die entstanden ist aus der Schule des Lebens und der Arbeit, besprochen hatte, den Arbeitern des Kongresses Glück und Erfolg. (Lebhafter Beifall.) Kollege Hübsch besprach gleichfalls kurz die hohen Aufgaben der Tagung. Wir stehen in einer Zeit, wo die Arbeiterorganisationen alle Kraft zur Befreiung aus dem Joch des Kapitalismus aufbringen müssen. Wir müssen dafür sorgen, daß dieses Ziel in absehbarer Zeit erreicht wird. Die politische Umwälzung hätte nicht vor sich gehen können, wenn nicht vorher die jahrzehntelange Schulung der Arbeiter erfolgt wäre: Es ist leichter, Könige und Kaiser zu stürzen, als eine Gesellschaftsordnung aus den Angeln zu heben. Dazu ist nötig die Einigkeit und die planvolle Arbeit. Im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse muß die Generalversammlung ein Markstein werden. In der Spaltung und Unsicherheit ist schon manche Bewegung zugrunde gegangen. Nachdem auch Kollege Hübsch die rastlose Arbeit der Plauener anerkannt hat, fordert er die Delegierten auf, so allortwärts vorwärts zu schreiten, wie hier. Plauen muß für die anderen ein leuchtendes Beispiel sein. (Reicher Beifall.) In einer von Humor gewürzten Rede gab Kollege Kozke seine Jahre zurückliegenden ersten Erlebnisse in Plauen zum besten, die eine launige Stimmung erzeugten. Schließlich drückte noch Kollege Gahr allen Mitwirkenden für ihre aufopfernde Tätigkeit, die allenthalben zum guten Gelingen des Begrüßungskommers beigetragen habe, den Dank aus.

1. Verhandlungstag.

Der 1. Verbandsvorsitzende, Kollege Hübsch, eröffnet nach 9 Uhr die 13. Generalversammlung. Es wird zunächst die Wahl von 6 Beisitzern und einer Mandatsprüfungskommission vorgenommen. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf:

- 1. Geschäftsbericht:
 - a) Allgemeiner Bericht.
 - b) Bericht des Informationsbureaus.
 - c) Kassenbericht.

- d) Bericht der Revisoren.
- e) Bericht der Presse.
- f) Bericht des Ausschusses.
- 2. Bericht der Reorganisationskommission.
- 3. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben:
 - a) Arbeitsgemeinschaft.
 - b) Betriebsräte.
- 4. Unsere internationale Verbindung.
- 5. Bericht vom Gewerkschaftskongreß.
- 6. Neuwahl der angestellten Vorstandsmitglieder.

Hübsch begrüßt die erschienenen Gäste. Aus Dänemark nimmt teil Nielsen und aus Schweden Janzen. Außerdem vertritt die Amtshauptmannschaft Dr. Beshorner und die Stadt Stadtrat Dr. Schlotte. Das Dresdener Ministerium will von dort aus die Verhandlungen aufmerksam verfolgen. Kollege Gahr richtete längere Ausführungen an die Delegierten. Er beleuchtet noch einmal den historischen Boden, auf dem die Generalversammlung stattfindet, und in großen Umrissen zeigt er, wie früher der Aufstieg der Arbeiterbewegung gerade in Plauen von der Reaktion verhindert werden sollte. Doch es ist nicht gelungen. In der Heimindustrie schmachten noch heute große Massen Arbeiterinnen unter den erbärmlichsten Verhältnissen. Dann entrollt Gahr ein Bild von der revolutionären Umwälzung nach dem 9. November. Die Textilarbeiter Plauens standen an der Spitze. Sie haben alles getan, um die Erbschaft zu sichern. Und auch diese Tagung wird den klaren Weg finden müssen, auf dem die Grundsätze des Sozialismus hochgehalten werden. (Lebhafter Zustimmung.) Es muß gelingen, die Massen aus der Nacht hinauf zum Licht zu führen. (Beifall.) Für das Plauener Gewerkschaftskartell begrüßt der Kassierer Diez den Verbandstag. Er zeigt, wie die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Plauen vor dem Kriege 14 000 betrug. Diese Zahl sank während des Krieges auf 4000 herab und stieg jetzt wieder auf über 18 000. Stadtrat Schlotte überbringt die Grüße der Stadt und der sächsischen Regierung. Er wünscht, daß den Textilarbeitern ein auskömmliches Existenzminimum zu erreichen bald möglich sei.

An der Tagung nahmen noch teil Schönleben-Ulm, der eine Vereinigung der Färberei- und chemischen Arbeiter mit dem Textilarbeiterverband herbeiführen will. Außerdem ist Cohen für den Gewerkschaftsbund anwesend. Eine Sympathieentscheidung für den internationalen Proteststreik wurde angenommen.

Nunmehr nimmt das Wort der Vorsitzende Hübsch zum Geschäftsbericht. Einleitend gedenkt er der Verluste, die dem Verband durch den Weltkrieg entstanden sind. 45 937 Mitglieder waren zu den Waffen gerufen. Davon sind 5291 gefallen oder ihren Verwundungen erlegen. Auch das Zentralvorstandsmittglied Hüffel befindet sich unter den Verlusten. Der Verbandstag ehrt das Andenken der verstorbenen und gefallenen Mitglieder durch Erheben von den Plätzen. Dann bespricht Hübsch den 5jährigen Rechenschaftsbericht. Er beginnt mit dem Hinweis, daß nach der Mobilmachung die Streikunterstützung eingestellt worden ist, da man alle Gelder im Interesse der notleidenden Mitglieder verwenden mußte. Die Maßnahmen hingelassen aber auch mit dem Burgfrieden zusammen. Man fürchtete, die Unternehmer würden im Kriegsaumel die Uebermacht gewinnen. Es wurde alles aufgeboten, die Fäden in der Organisation aufrechtzuerhalten und den Krieg zu bannen. Man war aber auch bestrebt, keine Kriegsbegeisterung aufkommen zu lassen und auf die Kriegsstimmung nicht hineinzufallen. Dann bespricht der Redner die Vorgänge in Stuttgart, die er einen Richtungsstreik nennt. Eine Parteinehmer war nicht beabsichtigt. (Zurufe.) Die Wirkungen des Krieges auf die Textilindustrie waren furchtbare. Auf 100 offene Stellen kamen 867 Arbeitssuchende. Der größte Teil der Betriebe wurde stillgelegt, und erst als die Unternehmer sahen, daß wieder große Gewinne erzielt werden konnten, öffneten sie die Fabriken wieder. Auch der Lohnbewegungen gedenkt er. In der Lausitz sperren die Unternehmer über 10 000 Arbeiter aus, weil man die Forderungen von 68 Meistern nicht bewilligen wollte. Die Errungenschaften bezüglich der Lohnerhöhung schafften natürlich nicht den Ausgleich mit den hohen Preisen, so daß die Textilarbeiter schwer an der Unterernährung zu leiden hatten. Seit Beginn der Revolution ist die Mitgliederzahl rapid gestiegen. Ende 1914 waren 101.904 Mitglieder vorhanden. Ende 1918 154 381 und jetzt ist die Zahl auf über 370 000 gestiegen. Blicke wir nun in die Zukunft, so brauchen wir keine Besorgungen zu hegen, daß es wieder rückwärts gehen könnte. Die noch Fernstehenden, müssen der Organisation beitreten. Nun entstehen zwei Fragen: was werden wir erreichen und was können wir erreichen. Auf der einen Seite steht noch die kapitalistische Wirtschaftsweise. Aus dieser müssen wir herausholen, was wir an Löhnen und Arbeitszeit für die Arbeiter herausholen können. Auf der anderen Seite müssen wir die Sozialisierung der Textilindustrie in die greifbare Nähe rücken. Dazu ist die Demokratisierung der Betriebe nötig. Unsere Leute müssen wir schulen. Wir stehen am

Wendepunkt der Geschichte und da können wir den Kampf nicht bloß in der bisherigen Weise führen. Gemeinsam und geschlossen haben wir zu marschieren zum Wohle der Arbeitererschaft. (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung.

Jädel berichtet über das Informationsbureau. Es ist meine Pflicht, Ihnen bei dieser Gelegenheit meine Stellungnahme zur Kriegspolitik darzulegen. Die Kriegspolitik der sozialdemokratischen Partei wurde von der Generalkommission unterstützt. Ueber diese Mängel und Irrungen muß ich berichten, weil sie historische Irrtümer darstellten. Kurt Eisner hatte recht, als er auf der Internationale erklärte, daß das deutsche Volk schmählich betrogen und belogen worden ist und mit ihm die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften. Wir haben uns in den Augusttagen über die Ursachen und den Charakter der Weltkatastrophe geirrt. Und diejenigen, die dann diese Kriegspolitik bis zum Ende mitgemacht haben, waren befangen in der bürgerlichen Ideologie. Man hat jene Schlagworte und jene Gründe im Befreiungskampfe des Proletariats angewandt, die das Bürgertum anwandte, als es gegen den Feudaladel ankämpfte. Diese Politik führte nicht zum Abschütteln des kapitalistischen Joches. Der profitwütige Kapitalismus dürfte nicht mehr unterstützt werden. Er strebt über die deutschen Grenzen hinaus. Meine Informationschrift, die ich am Anfang des Krieges herausgegeben hatte, wurde von dem jetzigen Berliner Gouverneur Schöpflin in 20 000 Exemplaren verteilt. Und das Fachblatt verbreitete sie in 100 000 Exemplaren, freilich erst später. Allerdings, die vorherrschende Eitelkeit in der Redaktion (Krätzig ist gemeint) hat nicht zugelassen, daß sie damals herausgegeben wurde, als sie erschien. Als Gegenstück sei aber angeführt, daß man von einem 1915 über den Färbereistreib herausgegebenen Buch nichts gebracht hat. (Zurufe: Hört, hört!) Der Krieg ist als ein revolutionäres Mittel zu bewerten, das die Beilehnung der Revolution bewirkt hat. Millionen von Männern mußten hinaus für die Profitgier des Kapitalismus. Heute liegen 10 Millionen Menschen gebettet auf dem Schlachtfelde, nicht gerechnet die Männer, Frauen und Kinder, die an der Unterernährung zugrunde gegangen sind. Den großen Betrug und die Täuschung haben nicht nur wir, sondern die großen Massen und besonders auch die Funktionäre eingesehen. (Sehr richtig!) Dann schildert der Redner die Schwindereien, die am Anfang des Krieges über die weiteren Ursachen gemacht wurden. Auch die elende Friedenspolitik beleuchtet er eingehend. Er fährt fort: Das sozialistische Arbeiterinteresse verlangte, daß nach der Erkenntnis Opposition gemacht wurde. Hinzu kam die infame Steuerpolitik. Der Krieg wurde weitergeführt zum Zwecke der Eroberung und zur Ausbreitung im Orient. So habe ich die Konsequenzen gezogen und bin zurückgetreten. Daraufhin habe ich alle Kräfte mit eingeleitet, um das Ende des Krieges herbeizuführen. Nicht der Irrtum des 4. August wäre imstande gewesen, die Zerreißung der Arbeiterbewegung herbeizuführen, sondern das Festhalten an dieser Politik. Und dieses Festhalten nach der Revolution bis heute zerriß die Bewegung immer mehr. (Zustimmung und Zuruf: Gehört das alles zum Informationsbureau?) Der Verbandstag ist die Stelle, wo ich das als Verantwortlicher sagen muß. Ich habe niemals etwas gegen die Abhaltung der Demonstrationen vor das Rathaus gesagt, sondern ich habe das Gegenteil getan. Die Arbeiterschaft mußte das letzte Mittel anwenden, um zu ihren Rechten zu kommen. Keine Berufsschicht hat mehr gelitten, als gerade die untere. — Nun erörtert Jädel die Verhältnisse in der Kriegsfürsorge und die Stellungnahme zum Hilfsdienstgesetz. Die Wünsche der Unternehmer wurden erfüllt, während die der Arbeiter unerfüllt blieben. Der Jammer der Unternehmer über die Zwangswirtschaft ist deplaziert, denn sie haben während des Krieges diese erst herbeigeführt. Man reduzierte auf Wunsch der Unternehmer die Löhne, und die Regierung besserte diese auf ihre Kosten wieder auf. Trotz der Krise konnten wir 70 000 Mitglieder halten. Das war ein Erfolg der intensiven Tätigkeit. Gegen die Bevorzugung unserer Mitglieder in der Einziehung, damit diese den Geldtobst sterben sollten, haben wir uns ganz energisch gewehrt. Auch haben wir das Hilfsdienstgesetz abgelehnt. In diesem Zusammenhange macht der Berichtstatter auf das Brandunglück in Plauen aufmerksam, bei dem über 300 junge Mädchen, weil die primitivsten Schutzvorrichtungen fehlten, den schrecklichsten Tod fanden. (Entrüstungsrufe.) Lebhaft haben wir uns mit der Uebergangswirtschaft beschäftigt. Keine Arbeiter waren zu den Beratungen hinzugezogen. Was wir an der Zwangswirtschaft haben, ist geschaffen von den Unternehmern, die heute dagegen Sturm laufen. (Sehr richtig!) Wir verlangten (und tun dies auch heute noch) in den Instanzen Parität. Aber das Reichswirtschaftsministerium wird, wie aus einem Schreiben zu ersehen ist, von den Kommissionen gar nicht unterrichtet. Weiter kommt Jädel auf den Schleichhandel mit Rohstoffen zu sprechen, der von der Arbeiterschaft kontrolliert

werden muß. Hat man doch in 15 Wochen 3 Millionen Kilogramm Wolle, Kunstseide usw. beschlagnahmt. Bedauerlich ist es, daß es noch angestellte Kollegen gibt, die die freie Wirtschaft fordern. Wenn die gebundene Wirtschaft auch keine sozialistische Produktion ist, so muß man aber sagen, daß sie besser ist, als die freie Wirtschaft. Wir müssen das Profitinteresse des Kapitalismus zurückdrängen. Die Zentralstelle für Forschung der Textilindustrie muß nach Dresden und nicht nach Eisenach kommen. Von diesem Verlangen dürfen wir nicht abgehen. Ja, wir müssen dazu kommen, innerhalb der Organisation eine Hochschule für Textilindustrie einzurichten. (Sehr richtig!) Dort müssen unsere Funktionäre ausgebildet werden, um ihnen Einblick in das Wirtschaftsgetriebe zu geben. In einer fachtechnischen Zeitschrift muß alles vom Standpunkt des proletarischen Interesses beleuchtet werden. Jädel behandelt noch einige organisatorische Fragen, um dann am Schluß seiner reichlich zweistündigen Rede auszurufen, daß wir den Klassenkampf als Grundlage des Handelns nehmen müssen. Nur so können wir die Aufklärung der sozialistischen Gesellschaft zum Wohl der Arbeiter und der gesamten Menschheit vornehmen. (Stürmischer Beifall.)

Wegen der vorgerückten Zeit wird die Diskussion vertagt. Vorstehender Hinweis macht von einem Telegramm Mitteilung, aus dem zu ersehen ist, daß der bayrische Delegierte Deffner nicht erscheinen kann, weil er wegen Hochverrat angeklagt ist. Wer, so fährt Hübsch fort, Deffner kennt, wird wissen, daß unser Freund nichts Schlechtes begangen hat. (Zuruf: Roste wird ihm das schon nachweisen!) Folgendes Telegramm wird an die Regierung gesandt:

„Verbandsstag des 370 000 Mitglieder umfassenden Textilarbeiterverbandes erhebt im Arbeiter- und Allgemeininteresse schärfsten Protest gegen Beschlüsse der Reichswirtschaftsstelle für Wolle betr. Aufhebung der Zwangswirtschaft in Wollindustrie und erwartet Ablehnung durch Reichswirtschaftsministerium.“

Folgende von Jädel vorgelegte Resolution zur Zwangswirtschaft steht mit zur Beratung:

„Der Verbandstag des ca. 370 000 Mitglieder zählenden Textilarbeiterverbandes erhebt schärfsten Protest gegen die von einflussreichen Stellen der Regierung erstrebte und von den organisierten Textilunternehmern stürmisch geforderte Proklamierung der freien Wirtschaft in der Textilindustrie. Er erblickt in der Beseitigung der gebundenen Wirtschaftsweise nicht nur eine Schädigung der Interessen der Textilarbeiterschaft, sondern auch eine dauernde Schädigung der Interessen der Gesamtnation.“

Der Verbandstag fordert zum Zwecke der Bekämpfung und aller die Textilwirtschaft hemmenden Kräfte:

1. Sofortigen Umbau der bestehenden bürokratisch reglementierten Wirtschaftsorganisationen durch Schaffung von Zwangsorganisationen der einzelnen Textilindustriegruppen unter Beteiligung aller in Betracht kommenden Faktoren (Staat, Unternehmer, Arbeiter und Angestellte, Konsumenten) bei vollster Wahrung der Parität.
2. Weitgehendste Demokratie der Betriebe.

Der Verbandstag fordert, solange vorstehende Forderungen nicht voll durchgeführt sind, für die Uebergangszeit zum Zwecke der Bekämpfung des Schleichhandels Stellung der bestehenden Selbstverwaltungskörper der Textilindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der organisierten Arbeiterschaft, Bildung von Betriebsräten und Heranziehung der Betriebs- und kommunalen Arbeiterräte zu den Revisionen. In diesem Zweck Ausstattung der Betriebs- und Arbeiterräte mit Exekutivgewalt und Verpflichtung derselben zu regelmäßiger Berichterstattung an die Reichsstelle für Textilwirtschaft und die in Frage kommenden Reichswirtschaftsstellen.“

Schluß des ersten Tages.

2. Verhandlungstag.

Vormittagsitzung.

Die Delegierten nehmen zunächst den Bericht des Hauptkassierers Behm entgegen. Der Redner entwirft eine statistische Uebersicht über die Mitgliederbewegung und die Einnahmen. Nach dem 9. November hat sich überall die Auswirkung der Revolution bemerkbar gemacht. Im Jahre 1916 erfolgten 7316 Eintritte. Diese Zahl stieg im Jahre 1917 auf 36 146 und 1918 auf 93 060. Davon entfielen auf das vierte Quartal allein 76 827. Das erste Quartal 1919 brachte 105 827 Eintritte. Interessant ist der Prozentsatz der männlichen Mitglieder. Er betrug 1914 60,6 Proz. und im 3. Quartal 1918 nur noch 25 Proz. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder ging herunter. Während im 1. Quartal 1914 53 561 vorhanden waren, fiel die Zahl infolge der Arbeitslosigkeit und des Wechsels des Berufs immer mehr. Von 1916 an steigt diese Zahl langsam wieder, so daß wir im 4. Quartal wieder 113 747 weibliche Mitglieder hatten. Die Zahl der Zurückgekehrten wird sich erst im 1. Quartal 1919 bemerkbar machen. Die Einnahme betrug im Jahre 1918 1 736 046,07 Mk. Dem steht in der Hauptkasse eine Ausgabe von 1 053 416,57 Mk. gegenüber. Außerdem kommt eine Ausgabe in den Lokal-kassen von 402 033,44 Mk. hinzu. Der Gesamtbestand beträgt 1 078 703,14 Mk. Weiter rechtfertigt der Redner die Gerablegung der Unterhaltungsätze während des Krieges. Ebenso gerechtfertigt war die Einstellung mancher Unterstütungen. Gätte man sie nicht durchgehört, so wären die finanziellen Folgen ungeheuer gewesen. Zum Schluß wendet sich der Berichterstatter noch gegen verschiedene Anträge, die sachlich nicht begründet sind. Kollege Schädelich bestätigt die Wichtigkeit der gesamten Kassensführung.

Ueber die Presse berichtet Wagener. Er rechtfertigt zunächst den Nichtabdruck der Resolution des Aktionsausschusses gegen das Hilfsdienstgesetz. Nachdem der Vorstand eine gegenseitige Stellung eingenommen hatte, wäre es nicht zweckmäßig gewesen, sie zu veröffentlichen. Gätten wir sie abgedruckt, dann hätten wir die Schlichtungsausschüsse in ihrem Wirken behindert und für die Arbeiter hätte man nicht mehr soviel herausholen können. Daß die Redaktion die Broschüre Jädel's über den Krefelder Färbereistreik nicht besprochen hat, lag an dem Kollegen Krähig, den er (Wagener) wiederholt darauf aufmerksam gemacht hat. In den Kriegsfragen waren wir der Meinung, daß für uns immer die Beschlüsse maßgebend waren, die die Sozialdemokratische Partei in der Landesverteidigung angenommen hatte. Wir mußten die Kriegswirkungen vom Lande fernhalten. Solange eine andere

Bereinarbeitung zwischen Partei und Gewerkschaften nicht stattgefunden hätte, konnten wir keine andere Stellung einnehmen. Krähig war durchaus kein kriegsbegeisterter Anhänger. (Was seine Person betrifft nicht, das wissen wir. Sonst aber.) Er war überzeugt, daß Deutschland den Krieg nicht wollte und daß es ein Verteidigungskrieg war. Von Erörterungen haben wir niemals ein Wort geschrieben. Wenn einmal vom Durchhalten die Rede war, so wollten wir nur den Feind überzeugen, daß er uns nicht überwinden kann. Er (der Redner) ist auch heute noch der Ueberzeugung, daß England und Rußland den Krieg wollten. (Zurufe.) Deutschland ist nicht der alleinige Schuldige. Die Schuld am Kriege kann nur allein ein internationales Schiedsgericht feststellen. Auch die englischen Arbeiter sind nicht so überzeugt von der Schuld Deutschlands als die deutschen Arbeiter. Unser Bestreben war, das Ende des Krieges sobald als möglich herbeizuführen. Den Burgfrieden haben wir nicht immer rückhaltlos verteidigt. Eine Anzahl von Zensurbeschwerden, die der Redner verliest, sollen das beweisen. Darin ist die Schreibweise des „Textilarbeiters“ nicht etwa als im Interesse des Vaterlandes von den Militärbehörden angesehen worden. Krähig ist aus der Redaktion ausgeschieden. Des weiteren erläutert der Berichterstatter die Schreibweise des „Textilarbeiters“ nach der Revolution. Er glaubt, er wäre da der Meinung der Mitglieder gerecht geworden. Nach der politischen Umwälzung habe ich im Sinne der sozialen Unwälzung geschrieben. Aber der Sozialismus ist nicht so schnell herbeizuführen. Selbst Rautsky und Hilferding sind dieser Meinung. Ferner erörtert Wagener noch einige technische Fragen, wie z. B. die Einschränkung des Umfangs des Blattes. Ich bitte, so schließt der Redner, nicht um Ihre Nachsicht. Habe ich nicht so gehandelt, wie Sie es wünschen, so können Sie sich bei der Wiederwahl danach einrichten, aber meinen Standpunkt verlasse ich nicht. (Bravo!)

Betterlein berichtet für den Ausschuß. In sieben Sitzungen sind 9 Beschwerden erledigt worden. Hauptsächlich war die Kündigung eines Geschäftsführers zu erledigen. Die Kündigung, die vom Ausschuß aufgehoben wurde, ist erfolgt, weil der Geschäftsführer auf einen Brief nicht geantwortet hatte. Auch die Beschwerden gegen die Redaktion sind entsprechend erledigt worden. Bei den Kasserevisionen war nichts wesentliches zu monieren.

Nunmehr erhält das Wort zum Referat zum Geschäftsbericht der Geschäftsführer Rödel. Die Unzufriedenheit mit der Haltung der Redaktion und des Vorstandes resultierte aus deren Stellungnahme zum Kriege. Ich werde das an der Hand von konkreten Handlungen nachweisen. Man hat dort die bindenden Beschlüsse der Generalversammlungen mißbraucht. Ausführlich behandelt er nun die ihm übermittelte Kündigung. An dem Fall kann man erkennen, sagt er, wie der Vorstand rücksichtslos über die Rechte der Mitglieder hinweggeschritten ist. Hübsch hat nun zugestanden, daß der ganze Vorgang ein Mißbrauch war, obwohl man früher immer sagte, daß davon keine Rede sein könne. Als er die Anfrage des Zentralvorstandes an ihn (Rödel) bespricht, ob er Schriftstücke für eine bestimmte Parteirichtung hergestellt habe, ertönen wiederholt stürmische Entrüstungsrufe. Bis heute ist vom Zentralvorstand noch keine Antwort erfolgt, wer diese Denunziation nach Berlin geschickt hat. Wir müssen das heute offiziell fordern. (Sehr richtig!) Wer hat übrigens nicht schon einmal in den Bureaus solche Schriftstücke angefertigt? Auch der Zentralvorstand hat das getan. (Stürmisches Gerede.) Hat doch der Zentralvorstand selbst die Broschüre Regiens verbreitet, die den Funktionären empfahl, sich an der Partei zu beteiligen. Wir haben freilich, den Kampf gegen den Kapitalismus, gegen den Militarismus und gegen den Bürokratismus schon am 1. August aufgenommen und nicht erst wie andere am 8., 9. oder 10. November 1918. Diese Kündigung hatte weiter keinen Zweck, als die Diktatur des Zentralvorstandes zu errichten. Der Zentralvorstand hat immer nur die Broschüren der Mehrheitspartei vertrieben. Die Verdrängung der „Gleichheit“ ist gleichfalls gegen die Beschlüsse der Generalversammlung erfolgt. Daß man die statutenmäßige Generalversammlung im Jahre 1916 nicht einberufen hat, ist eine Ueberschreitung der Befugnisse durch den Zentralvorstand. Hierauf kommt Rödel auf das grundsätzliche Gebiet zu reden. Unsere Tätigkeit müssen wir so einrichten, daß sie die Beseitigung des Kapitalismus zum Zweck hat. Wir dürfen nicht Gemeinschaft machen mit denen, die die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaft erstreben. Das ist eine Aufgabe des Klassenkampfes. Rödel wendet sich hierauf gegen die Redaktion. Diese Kritik richtet sich aber gleichzeitig gegen den Zentralvorstand. Es sind eine Reihe von Artikeln erschienen, die mit unseren elementarsten sozialistischen Begriffen im Widerspruch stehen. So wie Jädel sollten auch die Redaktion und Zentralvorstand ihren Irrtum in der Kriegspolitik einsehen. Schickt uns, so schreiben die Kollegen aus dem Felde, keinen „Textilarbeiter“ mehr ins Feld. Die Redaktion, die bis zum Kriege eine radikale Strömung darstellte, hat Lenin und Trotzky Blutdurst und Raubgier vorgeworfen. (Hört, hört!) (Durch eine Literaturanzeige, die nicht die Redaktion verfaßt hat.) Schließlich rollt der Korreferent das ganze Kapitel der Kriegsschuld noch einmal auf. Der Regierung dürften wir kein Vertrauen entgegenbringen. Das hat man aber getan und das lag nicht im Interesse der Arbeiterschaft. Deshalb müssen wir in Zukunft dafür sorgen, daß wir wieder ein Blatt haben, das wie früher angesehen ist. Es sollte nicht etwa nur eine Kritik sein, sondern mit den Ausführungen wollen wir die Rechte der Mitglieder wahren. Die Organisation ist ein Teil der großen Arbeiterbewegung, die mit zur Beseitigung der Klassenherrschaft und der Not der Textilarbeiter beitragen muß, denn die letztere ist eine Folge dieser Klassenherrschaft. Unseren Klassenstandpunkt dürfen wir nicht verlassen. (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache war eine so ausgedehnte, daß, nachdem die Referenten die Schlußworte gesprochen hatten, erst am dritten Tage folgende Resolution angenommen werden konnte:

„Der Verbandstag lehnt die während der Kriegsjahre von den Gewerkschaftsinstanzen gestützte Politik des 4. August ab. Er verurteilt die Schreibweise des „Textilarbeiters“ und bedauert, daß der Vorstand diese Schreibweise gebilligt hat. Er erwartet von der künftigen Tätigkeit des Vorstandes und der Redaktion Stärkung der Arbeiterposition im Sinne der revolutionären sozialistischen Gewerkschaftsgrundsätze.“

Die Abstimmung über diese Resolution war eine namentliche. 203 182 Mitglieder stimmten für sie, 55 007 gegen sie. Man stimmte dann der Resolution zu, die sich mit der Zwangswirtschaft beschäftigt. Dann erfolgte die Zustimmung zur Resolution über das Forschungsinstitut. Sie lautet:

„Die 13. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes erkennt an, daß Forschungsinstitute im Interesse der Textilindustrie und damit auch im Interesse der deutschen Textilarbeiter liegen.“

Sollen jedoch die Institute ihrer Aufgabe vollauf gerecht werden, so ist es nötig, daß sie nach einheitlichem Plane arbeiten und unter Verwaltung eines Kuratoriums, das seinen Sitz nicht bei einem Forschungsinstitut hat, ihre Tätigkeit in vollem gegenseitigen Einverständnis ausüben.

Bei der großen Bedeutung, die die Arbeiterschaft für den Wirtschaftsprozess hat und dem Interesse, das die Arbeiter an dem Wirken der Forschungsinstitute nehmen, ist es unbedingt notwendig, daß in die Kuratorien der Einzel-Forschungsinstitute und in das neuzubildende Kuratorium Vertreter der organisierten Textilarbeiter berufen werden.

In Anbetracht der hervorragenden Stellung der sächsischen Textilindustrie, die sowohl in Hinsicht auf ihre Gliederung, als auch ihres Umfangs alle Voraussetzungen bietet, die bei den Arbeiten der Forschungsinstitute zu berücksichtigen sind, erwartet die 13. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes mit Bestimmtheit, daß das geplante Kuratorium seinen Sitz im Freistaate Sachsen, etwa Leipzig, bekommt.

Die Generalversammlung erwartet weiter, daß Mittel sowohl von der Reichsleitung, als auch von den Regierungen der Einzelstaaten in völlig ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden.“

Annahme fand ferner dieser Antrag:

„Die Verbands-Generalversammlung beauftragt den Zentralvorstand, der Frage der Gewährung von Ferien für die gesamte Textilarbeiterschaft Deutschlands mehr Beachtung zu schenken als bisher.“

Die Generalversammlung spricht die Erwartung aus, daß diese Frage eine zentrale Regelung in aller Wäube findet.“

Mit starker Mehrheit wurde der folgende Antrag angenommen:

„Die Generalversammlung beschließt den Ausbau des Informationsbureaus im Sinne der Vorschläge der Statutenberatungskommission und bestimmt dementsprechend die Kollegen Rödel (Stuttgart) und Frauböse (Hamburg) zu Mitarbeitern resp. qualifizierten Hilfsarbeitern.“ Gleichfalls zugestimmt wurde dem Antrag, der wie folgt lautet:

„Die Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes lehnt es ab, das von der Generalkommission geschaffene Frauenblatt für den Textilarbeiterverband einzuführen.“

Ebenso Annahme fand der von Leipzig gestellte Antrag, der bei Abschluß von Tarifverträgen innerhalb des Verbandes die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage und Gewährung von Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes vorseht.

Dem von Erlangen gestellten Antrag wurde ebenfalls zugestimmt. Darin heißt es:

„Der Vorstand hat Mittel und Wege zu finden, um die soziale Gleichstellung der Textilarbeiter in bezug auf Lohnzahlung anderen Industriearbeitern gegenüber, z. B. Metall-, Bau- und Holzarbeitern, durchzusetzen.“

Der Antrag:

„Das Lohngebiet der Textilindustrie ist in zwei Ortsklassen einzuteilen. Tarifverträge sind nur auf Grund dieser Lohnklassen abzuschließen. Bestehende Lohnabkommen sind unverzüglich diesen Lohnklassen anzupassen.“ wurde dem Vorstande überwiesen.

4. Verhandlungstag.

Vormittagsitzung.

Zunächst erstattete Hoffman Bericht von der Mandatsprüfungs-Kommission. Es sind 34 weibliche und 254 männliche Teilnehmer anwesend. Die Kommission beantragt, in Zukunft nur noch Delegierte zuzulassen, die zwei Jahre Mitglied sind und innerhalb der Filiale mindestens ein Jahr eine Funktion ausüben. Beanstandungen der Mandate werden nicht vorgenommen.

Hierauf referiert Hübsch über die Arbeitsgemeinschaft, Jädel über die Betriebsräte. Er begründete dann folgende Resolution:

„In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeiter aus politischer und ökonomischer Knechtschaft nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, erklärt die Generalversammlung, die Aufrichtung eines Systems der Arbeiter- und Betriebsräte für eine im Interesse der Vollendung der Revolution und damit im Interesse der Arbeiter gelegene Notwendigkeit. In der Arbeitsgemeinschaft kann die Generalversammlung das von ihren Gründern gedachte Instrument zur Lösung aller Wirtschaftsfragen nicht erblicken. Die Generalversammlung empfiehlt Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft, soweit diese Mitwirkung kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen resp. Abschluß von Tarifverträgen ermöglicht. Alle weiteren mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft von ihren Gründern verbundenen Absichten lehnt die Generalversammlung ab.“

Die Generalversammlung fordert Arbeiterbetriebsräte für die einzelnen Betriebe, Zusammenschluß aller Betriebsräte zu systematischer Arbeit.

Als nächste wichtigste Aufgabe der Betriebsräte erkennt die Generalversammlung:

- Aufrichtung der Betriebsdemokratie;
- Mitwirkung bei Abschluß von Tarifverträgen;
- Kontrollrecht des Unternehmens in allen seinen Zweigen;
- Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern;
- Uebertragung der Verwaltung der Wohlfahrts-Einrichtungen;
- entscheidende Mitwirkung bei Ausübung der Gewerbeaufsicht;
- entscheidende Mitwirkung bei Ausübung der Betriebskontrolle durch die Berufsgenossenschaften und Mit-hilfe bei Umwandlung der Berufsgenossenschaften in Selbstverwaltungskörper der Arbeiter.“

Nun folgt die Diskussion über die beiden Referate.

Arbeitslöhne und Unternehmerrgewinne nach dem Kriege.

Unter diesem Titel ist, herausgegeben von Dr. Heinz Rothhoff in München, als Flugchrift zur Schaffung sozialen Rechts, im Verlage von F. Seb in Stuttgart eine Broschüre erschienen, in der der Freiburger Nationalökonom und Universitätsprofessor Dr. Robert Tiefmann die Entwicklungstendenzen der Löhne und Unternehmerrgewinne nach dem Kriege und die Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf diesem Gebiete untersucht. Der Verfasser bemüht sich zu zeigen, daß selbst in einem sozialistischen Staate die Löhne der großen Masse der ungelerten Arbeiterschaft auf die Dauer nicht das zu einer kulturgemäßen Lebenshaltung Erforderliche übersteigen können und daß Marx' Mehrwertlehre ein Irrtum sei. Dagegen wird die sozialistische Forderung auf größere Ausgleichung der Einkommen und Vermögen als durchaus berechtigt anerkannt und eine viel stärkere und namentlich viel stärker progressive Besitzbesteuerung (einschließlich Erbschaftsteuer) empfohlen. Auch wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter viel mehr bei den großen Unternehmungen herangezogen werden könnten, und daß auch der Defizient ein viel tieferer Einblick in sie gewährt werden muß. Dagegen könne eine allgemeine Sozialisierung großer Betriebe unter den heutigen Verhältnissen keinen wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten.

Das letztere wird unsere Leser nicht erfreuen, doch wird sie gewiß stark interessieren, was Tiefmann zur Lohn- und Preisentwicklung sagt. Und mit dem wollen wir sie bekanntmachen.

Welche Rolle, fragt er, haben die Löhne bei den gewaltigen Preisumwälzungen, die im Kriege vor sich gegangen sind, gespielt? Es ist eine bekannte Erfahrung, antwortet er, daß jeder Anbieter im Kaufverkehr, wenn er höhere Preise fordert, behauptet, damit nur eine Steigerung seiner Kosten ausgeglichen zu haben. Jeder Kaufmann erklärt dem Kunden, der sich über eine Preissteigerung beklagt: „Ja, die Ware hat aufgechlagen, und schreibt damit die Preissteigerung einer unbekannt objektiven Macht zu. Im Kriege haben solche Argumente natürlich auch eine große Rolle gespielt, um höhere Preisforderungen zu rechtfertigen. Aber man geht kaum fehl mit der Behauptung, daß der Anstoß zu den Preis- und Einkommenssteigerungen gleich zu Beginn des Krieges durch die hohen Preise geschaffen wurde, welche die Militärverwaltung den verschiedensten Kriegslieferanten bewilligte. Man rechtfertigte sie mit der Notwendigkeit, die Umstellung der Industrie auf den Kriegsbedarf so rasch als möglich herbeizuführen. Aber ganz abgesehen davon, daß diese Rechtfertigung die schwere Anklage gegen die Militärverwaltung enthält, daß sie ganz ungenügend für den Krieg vorbereitet gewesen sei und den wirklichen Kriegsbedarf auch nur für die ersten Wochen bei weitem unterschätzt habe, so hat vor allem jede Vorstellung davon gefehlt, wie ungünstig die so herbeigeführten Einkommenssteigerungen auf das gesamte inländische Preissystem einwirken mußten. . . .

Mit alledem wurden Einkommenssteigerungen herbeigeführt, welche eine vergrößerte Kaufkraft für die verschiedenartigsten Güter bedeuteten. Diese gestiegene Kaufkraft warf sich nun auf verhältnismäßig wenige Güterarten, vor allem Lebensmittel, und traf auf ein vermindertes Angebot, sobald die vorhandenen Vorräte aufgebraucht waren und aus Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften wenig Neues mehr produziert werden konnte. Das führte zu immer weiteren Preissteigerungen und damit auch zu weiteren Einkommenssteigerungen, zuerst vieler Kaufleute, welche ihre Vorräte glänzend verwerfen konnten, dann auch vor allem in der Landwirtschaft. Man muß aber erkennen, daß die Einkommenssteigerungen, besonders in Industrie und Handel, keine allgemeinen waren, sondern immer nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Begünstigten trafen. Deshalb ist es so bedauerlich und bedeutet einen so großen Fehler, daß man diese Einkommenssteigerungen nicht viel scharfer und energischer durch Kriegsgewinnsteuern wieder beseitigt und der Allgemeinheit nutzbar gemacht hat. Auch das ist von einsichtigen Volkswirten schon frühzeitig betont worden.

Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß alle gegen Lohn und Gehalt Tätigen in den ersten Kriegsjahren am wenigsten von der Kriegskonjunktur profitiert haben, die sich leider entwickelte. Im weiteren Verlaufe des Krieges sind zwar die Löhne mancher Arbeitergruppen stark gestiegen und gerade auch solcher, die nicht eigentlich darauf angewiesen waren und sie nicht in wirtschaftlicher Weise zu verwenden mußten, wie Jugendliche, was dann wieder zu weiteren Preistreibern führte. Im allgemeinen aber wird man sagen dürfen, daß bis in die letzte Zeit des Krieges hinein die Arbeiter und ihre Lohnforderungen nicht das treibende Element bei der Preisbewegung waren, sondern daß sie selbst geschoben wurden. Die Nachfrage war es, welche auch die Löhne in die Höhe trieb, zumal sie zum größten Teil von einem Abnehmer ausging, dem Reiche, von dem jeder wußte, daß es ihm auf etwas größere oder geringere Kosten nicht ankam. Das Schlagwort, daß „das Geld im Lande blieb“, hat dabei eine unheilvolle Rolle gespielt. . . .

Was können die Arbeiter mit Lohnforderungen erreichen und wo ist die Grenze für solche? Um das zu erkennen, ist ein Eingehen auf die allgemeine Wirtschaftstheorie erforderlich und einige noch sehr verbreitete Irrtümer auf diesem Gebiete müssen aus dem Wege geräumt werden. Im Vordergrund steht da die Marx'sche Mehrwertlehre. Wir müssen sie ablehnen, und auch einsichtige Sozialdemokraten, die sich mit der Wirtschaftswissenschaft beschäftigt haben, erkennen, daß sie ein Irrtum ist, der freilich keineswegs Marx allein zur Last fällt, sondern auf falschen Grundlagen der ökonomischen Wissenschaft überhaupt beruht. Der Arbeiter stellt wohl das Produkt her, ja wir können sogar ruhig zugeben, daß er allein das Produkt herstellt, wenn wir annehmen, daß die Herstellung der Maschinen auch nur Arbeit erfordert und wir die Mitwirkung des Unternehmers für die Zusammenführung der verschiedenen Produktionselemente bei dieser rein technischen Betrachtung außer acht lassen. Aber daß diese Produkte verkauft werden können und gar daß sie mit Gewinn verkauft werden können, dafür genügt nicht, daß der Arbeiter sie hergestellt hat. Sondern dieser wirtschaftliche Kausalzusammenhang ist umgekehrt wie der technische. Weil die Konsumenten auf Grund ihrer Bedürfnisse im Rahmen ihres ganzen Wirtschaftsplanes gewisse Teile ihres Einkommens dafür geben können, werden die

Unternehmer Kosten dafür auf, bringen Arbeitskräfte und Produktionsmittel zusammen. Die Kosten bestimmen also nicht den Preis, wie die ältere Theorie immer glaubte, sondern der erwartete, an die früheren Preise anknüpfende und von den Unternehmern kalkulierte Preis bestimmt die Kosten, die aufgewendet werden können. Die Grenze dafür und daher der gegebene Faktor beider Preisbildung ist ein Minimum von Geldertrag, das die Unternehmer bei ihrer Organisation der Produktion erzielen müssen, um ihnen ihre Mühe und ihr Risiko lohnend erscheinen zu lassen. Ich nenne es den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag. Er bestimmt, ob die Unternehmer ihre Kapitalien und ihre Arbeit diesem oder jenem Produktionszweig zuwenden und bestimmt auch die Nachfrage nach Arbeitskräften. Der Gewinn der Unternehmer ist also nicht den Arbeitern vorenthaltenen Mehrwert, der von letzteren erzeugt wäre, sondern er stammt aus den an ihr Einkommen anknüpfenden Wertungen der Konsumenten, in deren richtiger Voraussicht zugleich mit richtiger Kalkulation der aufzuwendenden Kosten die tauschwirtschaftliche Funktion des Unternehmers besteht.

Zu diesen Kosten gehört auch der Lohn der Arbeiter. Er ist nicht ein spezielles nach dem „Werte“ der Leistung abgestuftes „Entgelt“, wie auch die heutige Wirtschaftstheorie noch meist annimmt, sondern er ist ein Preis. Seine obere Grenze ist die, daß die Unternehmer, die ihn als Kosten zu bezahlen haben, im Rahmen ihrer gesamten übrigen Kosten, für Roh- und Hilfsstoffe, Verzinsung des von ihnen entliehenen Kapitals usw., auf die Dauer noch den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag erzielen. Wie hoch also der Lohn einer einzelnen Arbeitergruppe steigen kann, das hängt zu einem großen Teil von ihrer wirtschaftlichen Machtstellung, ihrer Konkurrenz, dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei dieser Arbeitsleistung ab, aber so, daß jedes Mehr hier die Preise und Löhne bei allen anderen Gütern beeinflusst. So hängen alle Preise aller Güter und Leistungen im Kaufverkehr zusammen. Sie hängen zusammen von der Angebotsseite durch das Streben aller Anbieter nach möglichst hohem Geldertrag, das die Kapitalien und Arbeitskräfte dahin treibt, wo noch die höchsten Erträge zu erzielen sind; und von der Nachfrageseite hängen sie zusammen dadurch, daß die Konsumenten ihr Einkommen auf ihre Bedürfnisse entsprechend ihrer Dringlichkeit verteilen und daß auch jede Erwerbswirtschaft insgesamt nur soviel Kosten aufwenden kann, daß sie auf die Dauer noch den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag erzielt, dessen die dahinter stehende Konsumwirtschaft ihres Inhabers als Einkommen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse bedarf. . . .

Man kann nun mit Zug behaupten, daß der Lohn, zwar nicht aller „Arbeiter“, aber der breitesten unteren Schicht aller Lohnempfänger, der ungelerten Arbeiter, im allgemeinen nicht höher sein könne als gerade ausreichend, das zu kaufen, was zu einer dem jeweiligen Kulturzustand des betreffenden Volkes entsprechenden Lebenshaltung notwendig ist. Etwas Ähnliches ist ja auch vom Sozialismus schon behauptet worden: Das alles berühmtes „ehernes“ Lohngesetz. Aber Lassalle legte dabei die sogenannte Lohnfondstheorie zugrunde, die Vorstellung, als ob die in einer Volkswirtschaft für Löhne verfügbare Summe jeweils eine feste gegebene Größe sei. Und er begründet dann das ehernes Lohngesetz gewissermaßen rein naturwissenschaftlich, daß der Lohn die Tendenz habe, sich dem Existenzminimum zu nähern; bei höherem Lohn und über das Existenzminimum hinausgehenden Lebensbedingungen werde sich die Arbeiterbevölkerung nur stärker vermehren. Mir scheint nun, man braucht an dieses Extrem gar nicht zu denken. Faßt man Existenzminimum nicht rein physiologisch, im Sinne des zur Lebensfristung unbedingt Notwendigen, sondern im obigen Sinne als das nach dem jeweiligen Kulturzustand Erforderliche, so ergibt sich eine Art ehernes Lohngesetz für die Löhne der untersten Arbeiterschicht schon aus der Preistheorie. Ist der Lohn ein Preis, so ist der Lohn der großen Schicht ungelerten Arbeiter ein typischer Konkurrenzpreis, und da der Lohn zugleich Reinertrag ist, ist er eine Erscheinungsform des tauschwirtschaftlichen Grenzertrags. Die Arbeiter werden durch ihre Konkurrenz den Lohn immer auf diesen Stand herabdrücken, monopolistische Vereinigungen haben bekanntlich in dieser Arbeiterschicht, der jeden Augenblick neue Elemente zuströmen können, wenig Aussicht auf Erfolg, und wenn gar wenig produziert worden ist und alle übrigen Bevölkerungskreise um den Ankauf der geringen Gütermenge mit konkurrieren, werden jene immer den kürzeren ziehen. Dagegen vermögen schon die gelerten Arbeiter, wenn es ihnen gelingt, neuen Zugang fernzuhalten, durch ihre Gewervereine höhere Löhne, relative Monopolpreise zu erzielen, natürlich nicht unter allen Umständen, sondern überhaupt eine entsprechende Beschäftigung des Gewerbes vorausgesetzt. Und manche andere Lohnempfänger, bei organisatorischen, wissenschaftlichen, künstlerischen Leistungen erzielen auf Grund der Seltenheit derselben reine Monopolpreise und -einkommen. . . .

Interesse an der sofortigen Einführung des freien Handels.

Als in Deutschland die Erkenntnis aufdämmerte, daß der Krieg länger dauern würde, wie ursprünglich angenommen, und als sich der Ring der Feinde immer fester um uns schloß, wurde man sich klar, daß das Reich mehr und mehr auf sich allein angewiesen war, und daß die in den Reichsgrenzen vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, wenn nicht der Starke alles an sich raffen durfte, während der wirtschaftlich Schwache darbt, nach einem strengen Rationierungsplan bewirtschaftet werden mußte. Es war das Fundament alles Staatswesens, die Gerechtigkeit, die zu dieser rationierten Wirtschaft führte. Rationierung bedeutet Zwang: für den Produzenten, der seine Produkte zu einem aus der Sachlage gerechtfertigten mäßigen Preise hergeben muß, und für den Konsumenten, der sich nicht mehr eignen darf, als ihm nach dem Verteilungsprinzip zusteht. So widerspruchlos man das theoretische Prinzip der Gerechtigkeit hinnehmen mußte, so drückend wurde der Zwang in der Praxis empfunden, um so mehr, als sich erst einzelne, dann weitere Kreise stupplos darüber hinwegsetzten. Die Produzenten lieferten nicht alles ab und machten das Zurückgehaltene gegen hohe Preise zu Geld, und die wohlhabenden Konsumenten suchten hinterherum zu bekommen, was nur erreichbar war. So entwickelte sich ein ebenso blühender, wie

heimtückischer Schleichhandel, dessen Verlodungen sowohl bei Produzenten und Konsumenten, als auch im Handel selbst solche Charaktere erlagen, denen man es in Friedenszeiten niemals zugetraut haben würde.

In weiten Kreisen empfand man mit immer stärkerem Widerwillen die Rationierung als einen überaus lästigen Zwang, und allmählich, genährt nach einem zielbewußten Plan, den insbesondere die stuppelose Agrarierpresse verfolgte, entstand die Parole: Nieder mit der Zwangs-wirtschaft! Die Idee der „gerechten Rationierung“ ging dem Bewußtsein verloren, und allein das Zwangsmäßige wurde fortan betont. Die verantwortlichen Reichsstellen mußten angefaßt der unerträglichsten Tatsache, daß nicht genug Ware vorhanden, daß allein diese Warenknappheit der entscheidende Kern des Problems war, das höchste Maß von Festigkeit aufbieten, um dem planmäßigen Ansturm der sogenannten Freunde des freien Handels abzuwehren. Bei diesem Kampfe hatte sie leider auch einen Teil der sogenannten „ehrbareren Kaufmannschaft“ gegen sich, die der Ansicht war, daß sie leichter und billiger Waren vom Ausland hereinbekommen könne, als die behördlichen Einfuhrzentralen, und dabei vergaß, daß einmal streng unterchieden werden mußte zwischen lebensnotwendigen Waren und weniger wesentlichen Artikeln, und daß zweitens die Bezugsfrage von der Reichsfinanzwirtschaft (Baluta) nicht zu trennen war. Die offiziellen Aufklärungsversuche waren vielfach in den Wind gegangen, und wenn man heute genau zusieht, sind es ganz bestimmte Kategorien, die ein Interesse an dem Sturz der zentralisierten Wirtschaft und an der sofortigen Einführung des freien Handels haben, obwohl auch sie ausnahmslos zugeben müssen, daß „allerdings“ für Brot, Fleisch und Fett die Rationierung „beibehalten werden müsse“.

Am sofortigen freien Handel haben ein ganz bestimmtes, und zwar kein ideales Interesse:

1. alle Handelspersonen, die genau wissen, daß bis auf weiteres bei geschickter Disposition und rücksichtslosem Zufassen Millionengewinne gemacht werden können;
2. alle Warenbesitzer, die hoffen, daß sich der bestehende Warenmangel nicht im Gondumwachen beseitigen läßt, weil Mangel an Schiffsraum und Bahnräumtransportmitteln, Mangel an vollwertigen Zahlungsmitteln und die Entwertung des deutschen Geldes nur langsam einen flotten Warenverkehr erwarten lassen;
3. alle Schieber, die überzeugt sind, daß ihre unter den Zwangsverhältnissen glänzend ausgebaute Schieber-technik zu neuen Triumpfen führen würde;
4. alle ausländischen Warenagenten, in der Gewißheit, daß sie ihre verlegenen Vadenhüter nirgends vorteilhafter unterbringen können, als in dem so ganz anspruchslos gewordenen deutschen Volke;
5. alle diejenigen Verbraucher, die sich nicht scheuen, deutsches Geld selbst für entbehrliche Luxuswaren nach dem Ausland gehen zu lassen, dort unsere Mark noch mehr entwerten und die Balutabemühungen der deutschen Finanzpolitik durchkreuzen. Alles in allem kann man nicht gerade sagen, daß es die edelsten Teile des deutschen Volkes sind, welche ohne Unterlaß nach der Einführung des „freien Handels“ rufen. Die besonnenen und gewissenhaften Kenner der handelspolitischen Lage wissen nur zu genau, daß, so selbstverständlich wir uns alle in dem Wunsche nach Abbau der Zwangswirtschaft einig sind, dies nur geschehen kann unter gewissenhafter Berücksichtigung der Verhältnisse. Die sofortige Proklamierung des freien Handels würde das Deutsche Reich mit einem Schläge in einen inneren Wirtschaftskrieg stürzen, von dem sich jeder ein ungefähres Bild machen kann, wenn er zum Vergleich die bedauerlichen Vorgänge auf dem Eier-, Kirchen- und Frühgemüsemarkt heranzieht. Das „freie Spiel der Kräfte“ würde sich nur in einem wahren Krieg aller gegen alle austoben.

Arbeitslohn — Warenpreis — Teuerung.

Von B. Sager.

II.

Nachdem im Aufsatz I die Feststellung des natürlichen und gerechten Arbeitslohnes versucht wurde, um einen Ausgangspunkt für die später anzuführenden Betrachtungen zu gewinnen, muß zur Lösung des im Titel benannten Problems vor dem Warenpreis dem Warenwert die anschließende Bemühung gewidmet werden.

Im Kapitel I, im 1. Kapitel, Seite 5, sagt R. Marx: „Ein Gut hat also nur einen Wert, weil menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht ist. Wir nun die Größe seines Wertes messen? Durch das Quantum der in ihm enthaltenen wertbildenden Substanz der Arbeit.“

Im Sinne von Marx wird ein Gut zu Ware, wenn der in ihm vergegenständlichte Wert, Wert, Gebrauchswert für andere ist und ihm den Charakter der Tauschfähigkeit verleiht. Zur Befriedigung eigener Bedürfnisse erzeugte Produkte sind jedoch keine Waren, obgleich sie sowohl eigene wie fremde Gebrauchswerte darstellen können. Warencharakter nehmen die Produkte erst dann an, wenn bei ihrer Herstellung oder ihrem Erwerb der Tausch das Ziel ist. Also, Ware ist ein Gut, welches zum Zweck des Tausches hergestellt ist, Gebrauchswert für andere besitzt und menschliche Arbeitskraft enthält. Die Größe seines Wertes richtet sich nach in ihm substanzierter gesellschaftlicher wertbildender Arbeit. Gesellschaftliche Arbeit ist im Gegensatz zu individueller Arbeit Durchschnittsarbeit unter Berücksichtigung der jeweils vorhandenen gesellschaftlichen Normen. Mit dem Aufkommen der Spinnmaschine hört die Arbeit, die zum Verspinnen eines gewissen Quantums Baumwolle zu Garn ehemals erforderlich war, auf, gesellschaftliche Arbeit zu sein, an ihre Stelle tritt als gesellschaftliche Arbeit die infolge erhöhter Leistungsfähigkeit herabgeminderte notwendige Arbeit. Ebenso bestimmen auf allen anderen Produktionsgebieten die ertragreichsten Arbeitsmethoden das Maß der gesellschaftlichen Arbeit, und hierbei wieder die Durchschnittsleistung unter Ausschaltung persönlicher Höchst- bzw. Mindestleistungen.

Die allgemeine Entwicklung bewegt sich in der Richtung, die zu einem Produkt notwendige gesellschaftliche Arbeit zu verringern, das heißt, mit weniger Arbeit dieselbe Gütermenge oder mit demselben Quantum Arbeit eine größere Menge an Gütern anzufertigen. Es sind aber auch Ausnahmefälle denkbar, in denen sich das Maß der erforderlichen Arbeit für ein gegebenes Produkt steigert, zum Beispiel: wenn durch rasch zunehmende oder durch vorhandene Bevölkerungs-

dichtigkeit (Uebersättigung) verbunden mit Schwierigkeiten im Verkehr mit dem Auslande oder aus sonst welchen Ursachen (Deutschlands Isolierung während des Krieges) geringwertiger, minderertragsfähiger Boden in Kultur genommen oder durch Ausfall künstlicher Düngemittel, durch abgewirtschaftetes Ackergerät usw. zu unrationellen Wirtschaftsmethoden gegriffen werden muß. Unter das gleiche Kapitel gehört der Betrieb erzarter und solcher Gruben, welche nur geringwertige Erze oder sonstige Bodenschätze aufweisen, und anderes mehr. In den angeführten Fällen erhöht sich das Maß der gesellschaftlich notwendigen Arbeit für eine gegebene Produktionsmenge im Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung, deren Ziel Verminderung der Arbeit und Vermehrung der Güter ist. Mit dem notwendigen Mehr an Arbeit erhöht sich naturgemäß der Wert der betreffenden Produkte. Diese Erscheinungen im Prozeß der Gütererzeugung sind und können nur Ausnahmen sein, sie haben ihren Ursprung allermeist im Vorwitz einzelner mächtiger, an gewissen Zuständen interessierter Zeitgenossen. Auf die Dauer lassen sich die Gesetze der Weltwirtschaft von Menschen nicht fortrigieren.

Diese Erkenntnis darf aber keineswegs dazu führen, in gelassener Ruhe die Herstellung geordneter Zustände den selbstständig wirkenden Ausgleichsgeetzen der Weltwirtschaft zu überlassen. Es ist vielmehr Pflicht einer Staatsregierung, die Beseitigung oder Verkürzung solcher Ausnahmezustände durch Grenzöffnungen, Anbahnung entsprechender Handelsbeziehungen bzw. tatkräftiger Unterstützung solcher Bestrebungen, Einfuhrbegünstigung, Produktionsregelung, Zwang zur Produktion und anderes mehr mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln anzustreben. Denn diese Ausnahmezustände greifen tief und schwer störend in den komplizierten Wirtschaftsmechanismus eines Staates ein, sie sind in der Regel der Ausdruck großer Not der Gesamtheit sowohl als auch der einzelnen Volksglieder, und unter denen wieder der wirtschaftlich Schwachen, was nicht ausschließt, ja allermeist einschließt und Regel ist, daß gewisse Gruppen und Gesellschaftskreise an solchen Ausnahmezuständen mit ihrem persönlichen Vorteil interessiert sind und diese, wenn schon nicht selbst erzeugen, so doch erhalten wissen wollen. Sie sind außerdem die Keime organischer wirtschaftlicher Zersetzung, ihre rascheste Beseitigung ist im Lebensinteresse der Volksgesamtheit oberstes Gebot der Staatsklugheit.

Wie einen Baum an seinen Früchten, so erkennt man eine Regierung an ihren Maßnahmen zu vorstehenden Fragen, und sollten schon, was leicht erklärlich, die Maßnahmen selbst nicht immer restlos verstanden werden, so reden deren Folgen in ihrer Wirkung auf das Wirtschaftsleben der Gesamtheit eine um so eindringlichere Sprache, die auch der einfachste unter uns verstehen und zu verstehen vermag.

Der Wert der Arbeit ist, auf Einheiten zurückgeführt, an der für sie erforderlichen Zeit zu messen. Wie hieraus ersichtlich wird, ist er nicht eine feste, sondern eine sich ständig verändernde Größe. Mit jeder Erneuerung im Arbeitsprozeß, welche die Ertragsfähigkeit der Arbeit erhöht, sinkt der Arbeitswert an einem gegebenen Produkt und damit der Wert des Produktes selbst. Waren beispielsweise ursprünglich 10 Stunden zur Herstellung eines Produktes nötig, nach der neuen Arbeitsmethode aber nur noch 5 Stunden, so sinkt sein Wert um die Hälfte.

Die modernste Arbeitsmethode ist somit der Umverhältnißmaßstab des Güterwertes, unter Berücksichtigung der bereits angeführten Einschränkungen. Zur Herstellung von Waren wird eine bestimmte Menge gesellschaftlicher Arbeit benötigt, sie ist die ihnen innewohnende gemeinsame gesellschaftliche Substanz. Die Arbeit muß irgendein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen und einen Teil der von der Gesellschaft ausgehenden Gesamtsumme von Arbeit bilden und in ihren Bereich der Arbeitsteilung fallen. Die Waren vom Wertstandpunkt betrachtet, heißt demnach, ihre verschiedenen Wertgrößen nach der Menge in ihnen verkörperter Arbeit unterscheiden. Enthalten verschiedene Waren das gleiche Quantum Arbeit, so ist ihr Wert untereinander gleich. Das bisher Gesagte bezieht sich nur auf den Gebrauchswert. Der Tauschwert der Waren hat mit den natürlichen Eigenschaften der Güter nichts zu tun, er ist lediglich deren gesellschaftliche Funktion. Der Tauschwert tritt erst dann in die Erscheinung, wenn Waren verschiedener Verwendbarkeit zueinander in die Beziehung des Austausches treten. Tausch tauscht sich nicht gegen Tausch, gleiches nicht gegen gleiches, folglich besteht und entsteht in diesem Verhältnis keine Möglichkeit, den Tauschwert gegeneinander zu vergleichen. Ginge man tauscht sich Tausch gegen Schrank, wobei dann sofort die Wertvergleicheung — die Feststellung des Wertverhältnisses (Tauschwert) — einsetzt. Es ist also der gegenläufige Charakter des Gebrauchswertes, der die Güter im Tauschverhältnis zusammenführt.

Um den Tauschwert einer Ware zu errechnen, ist der zuerst zu ihrer Fertigstellung benötigten Arbeitsmenge die bereits im Rohmaterial enthaltene, ferner die auf die Geräte, Maschinen, Werkstätten usw. und im Arbeitsprozeß mit-helfenden Arbeitsmittel verwandte zuzurechnen. Die Ab-nutzung an den Hilfsmitteln geht während des Arbeits-prozesses als Wertteil in den Wert der Waren über, oder deutlicher ausgedrückt, ein Werkzeug im Werte von 100 Ar-beitsstunden und einer Gebrauchsfähigkeit — Dauer seiner Verwendbarkeit — von 1000 Betriebsstunden gibt an die Produkte, welche mit seiner Hilfe in 10 Stunden angefertigt werden, ein Hundertstel = 1 Proz. seines Eigentwertes = 1 Arbeitsstunde ab. Die Produkte enthalten demnach einen Wert von 10 plus 1 Stunde = 11 Arbeitsstunden. Zurückgeführt auf das im Aufstoß I angeordnete Beispiel des Schrankes, gelangen wir zu folgendem Ergebnis der Tausch-wertbemessung. Als letzte notwendige Arbeitsleistung wurden 50 Arbeitseinheiten (Arbeitsstunden), für in den Roh-stoffen kristallisierte Arbeitsleistung (Position a) 20, für in Maschinenkraft usw. (Pos. b) 10, für in allgemeinen Hilfs-mitteln enthaltene (Pos. c) 10, für Abschreibung (Pos. d) 5 und für Reierverrückstellungen (Pos. e) 5 Arbeitsstunden be-rechnet, in Summa 100 Arbeitsstunden. Der Gebrauchswert bzw. der Tauschwert des Schrankes ist hiernach gleich 100 gesellschaftliche Arbeitsstunden oder in Geld ausgedrückt, die Arbeitsstunde zu 1 Mf. angenommen, gleich 100 Mf. Als 100 gesellschaftliche Arbeitsstunden verkörpernder Wert tauscht sich auf dem Warenmarkt der Schrank gegen

alle beliebigen Gegenstände mit entsprechend gleicher Wert-größe. Der Verwendungscharakter der ihm auf dem Markt gegenüberstehenden Waren ist dabei belanglos, die Haupt-sache ist die in ihnen enthaltene gleiche Wertgröße von 100 ge-sellschaftlichen Arbeitsstunden. Das können sowohl 10 Stühle a 10 oder 3 Tische a 33 1/3 oder 20 Meter Tuch a 5 solcher Arbeitsstunden sein. Stets wird dem Besitzer des Schrankes im Austausch der gleiche Gegenwert ausgehändigt werden. Im modernen Waren- bzw. Handelsverkehr ist die rohe Form „Ware gegen Ware“ längst aus Gründen der Zweckmäßigkeit abgestreift und in die Formel „Ware — Geld — Ware“ um-geändert.

Aus der Textilindustrie.

Bereinbarungen und Zeugdruckerstreik. Man schreibt uns aus Arefeld: Zwischen den Textilarbeiterverbänden und dem Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie sind am Donnerstag neue Lohnvereinbarungen getroffen worden, über die wir noch berichten werden; ebenso sind Vereinbarungen mit dem Plüsch- und Samtfabrikantenverband getroffen worden. In der Textilindustrie wird es also zu Arbeitsniederlegungen nicht kommen, wie vielfach angenommen wurde. Ein Streik besteht allerdings, doch betrifft er nur eine kleine Gruppe, die Zeugdrucker, etwa 65 Mann, auch handelt es sich dort nicht um Lohnfragen, sondern um Organisationsfragen. Zwischen dem Deutschen Textilarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie ist Mitte Mai für die Zeugdrucker ein Lohnvertrag abgeschlossen worden, der die allseitige Billigung gefunden hat. Nur die Mitglieder der Freien Vereinigung, es kommen 4 in Frage, fanden, daß der Tarif schlecht sei und daß der Verbandsvertreter und das Lohnkommissionsmitglied A. jedenfalls beim Abschluß des Lohnvertrages von Arbeitgeberseite bestochen worden seien. Diese Anschuldigungen haben Entrüstung bei den Druckern hervorgerufen. Die Drucker beschloßen nun in ihrer Versammlung, mit Druckern, die dem Deutschen Textilarbeiterverband nicht angehören, nicht mehr zusammen zu arbeiten. Sie gingen davon aus, daß die Freie Vereinigung eine politische und keine gewerkschaftliche Organisation sei, die Fr.-B.-Mitglieder demnach als Unorganisierte zu betrachten seien. Weiter sind sie der Auffassung, daß die Drucker im Deutschen Textilarbeiterverband Mitglied sein müssen, damit bei der Erneuerung des Lohnvertrages eine einheitliche Organisation vorhanden ist. Bei einer einheitlichen Organisation würden auch so ganz unmotivierte Anschuldigungen, wie sie von den Fr.-B.-Mitgliedern erhoben worden sind, nicht wiederkehren, weil dann alle Mitglieder bzw. in Frage kommenden Beschäftigten Einsicht in alle Lohnverhandlungsfragen bekommen. Dem Eintritt der Fr.-B.-Mitglieder in den Deutschen Textilarbeiterverband steht nichts im Wege, denn sie können auch weiterhin entsprechend ihrer politischen Anschauung Mitglied der Freien Vereinigung bleiben. Trotz Aufklärung und gütlichem Zureden waren die Fr.-B.-Drucker nicht zu bewegen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Bei Krahen u. Gobbers haben daraufhin 20 Drucker die Arbeit eingestellt, die 3 Fr.-B.-Drucker arbeiten weiter. Der Arbeitgeberverband will aus prinzipiellen Gründen keinen Zwang ausüben, sich in den Streit nicht einmischen. Er wird es aber doch tun müssen, denn die Drucker sind gewillt, ab Montag in allen Betrieben die Arbeit einzustellen, um sich eine einheitliche Organisation im Deutschen Textilarbeiterverband zu schaffen. — Die Arbeit ist am 21. Juli in allen Betrieben eingestellt worden.

Stapelfaser. Die großen Erwartungen, die man vielfach an die Verwertung der Stapelfaser als Ersatz für Baumwolle und Wolle geknüpft hat, scheinen unter den inzwischen veränderten Verhältnissen nur zu einem kleinen Teil in Erfüllung zu gehen. So lesen wir in dem Geschäftsbericht der Mitte 1918 mit 10 Millionen Mark gegründeten Bayerischen Glanzstoff-Fabrik Akt.-Ges. in München: Der Umstand, daß der Verbrauch der Stapelfaser wesentlich davon abhängig ist, in welchem Umfang und zu welchen Preisen Deutschland nach Friedensschluß wieder mit Wolle und Baumwolle vom Ausland versorgt werden kann, sowie die zutage tretende Ueberschätzung der Stapelfaser und die vielen, die Erbauung von Stapelfaserfabriken verfolgenden Projekte legen der Verwaltung besondere Voracht auf bei Entscheidung der Frage, ob und in welchem Umfang die Gesellschaft die ihr gesteckten Ziele weiter verfolgen solle. Bevor die Verhältnisse sich nicht weiter geklärt haben, lasse sich nicht übersehen, ob die Verwaltung die Zukunft des Unternehmens, wie bisher beabsichtigt, auf die Stapelfaser oder auf einen anderen Fabrikationszweig stützen solle; sie werde zunächst in einer ab-wartenden Haltung verharren.

Die Bayerische Glanzstoff-Fabrik Akt.-Ges. in München hat bekanntlich von den Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G. in Elberfeld eine Lizenz für deren Verfahren und Patente erworben und für die projektierte Stapelfaserfabrik ein nahezu 60 Hektar großes Gelände gekauft, auf welchem sofort nach der Gründung mit den erforderlichen Vorarbeiten begonnen wurde. Der unglückliche Ausgang des Weltkrieges und die durch die Ummälzung verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben das Fortschreiten der Bauarbeiten in Obernburg ungünstig beeinflusst.

Zur Ernährungsfrage.

Zur Verbilligung der ausländischen Lebensmittel.

Deutschland macht augenblicklich keine allerschlimmste Krisis durch. Sein nächstes Schicksal hängt unmittelbar von dem politischen Augenmaß der Arbeiterschaft ab, nicht von der Regierung, auch nicht von der Entente! Verliert die deutsche Arbeiterschaft das politische Augenmaß, ist sie nicht imstande, den inneren Zusammenhang der politischen Katastrophenzeichen zu erfassen, erinnert sie sich nicht an die große Zeitidee von Marx, daß wir Menschen, mögen wir uns für noch so wichtig und weise halten, doch mit Händen und Füßen gebunden sind an das Gesetz von Ursache und Wirkung, so kommt sie in dieselbe Gefahr, in die Frankreich bei seiner Revolution 1793 geriet. Damals hat das französische Volk in entscheidenden Momenten nach blinden Instinkten, nach jähzornigen Aufwühlungen gehandelt und dadurch sein Werk der Freiheit zum Stöcken gebracht und sein Schicksal in

die Hände des Generals Napoleon gespielt. Wir haben gar keine Veranlassung, diesen Vergleich abzulehnen. Im Gegen-teil, wenn jemals ein Volk aus der Geschichte der Vergangen-heit zu lernen hatte, so heute das revolutionäre Deutschland aus der großen französischen Revolution.

In dem einen Punkte sind sich wohl alle Parteien einig, daß der gegenwärtige Zustand kein Normalzustand ist, son-dern ein Krankheitsbild schlimmster Art. Das politische Augenmaß der Arbeiterschaft wird es für selbstverständlich finden, daß die deutsche Volkswirtschaft so bald wie möglich wieder zur normalen Produktion kommen muß. Die Grund-lage hierfür ist eine ausreichende und billige Ernährung. So schwierig aber gerade hier die Verhältnisse liegen, so hat doch das Reichsministerium mit der grundsätzlichen Verbilligung der ausländischen Lebensmittel einen Schritt getan, der durchaus nicht die verdiente Würdigung gefunden hat. Wieder macht sich hier die Notwendigkeit des politischen Augenmaßes geltend. Wir werden endlich damit brechen müssen, solche Maßnahmen, die nur mit Aufwendung von Milliardenbeträgen möglich sind, als belanglose Nichtigkeiten anzusehen. Wir werden damit brechen müssen, daß wir alles Kopfzerbrechen der verantwortlichen Minister mit einer geringfügigen Handbewegung abzutun pflegen. Unser politisches Augen-maß muß uns endlich dahin bringen, einzusehen, daß diese Minister Fleisch von unserem Fleisch sind, also sozusagen wir selbst in unseren Repräsentanten, und daß es darum eine Selbstverständlichkeit ist, daß wir mit anfassen und die ver-fahrenen Verhältnisse zur Entwirrung bringen helfen. Die Arbeiterschaft, voran die gewerkschaftliche, hat sich mit Recht von jeher dagegen aufgelehnt, sich immer nur von anderen führen zu lassen. Sie will von der Unmündigkeit der „Re-gierten“ zu eigenem aktiven Handeln kommen. Jetzt bietet sich eine Gelegenheit, den Faden aufzunehmen, der aus dem Jergarten führt. Die 1 1/2 Milliarden, die das verarmte Reich in den nächsten drei Monaten mit Mühe und Not zur Ver-billigung der Lebensmittel aufwenden wird, dürfen nicht weggeworfen sein, ohne daß die Wendung eintritt, auf die man jeden Tag hofft. Das politische Augenmaß der Arbeiter-schaft muß die enorme Größe dieses Reichsopfers voll er-fassen und das Volk zur vollen Würdigung dieser Tat bringen. Es handelt sich ja nicht nur um die Not der Be-völkerung und nicht nur um die Regierungsnöte der verant-wortlichen Stellen: es ist eine gemeinsame Not, aus der wir auch nur durch gemeinsames Handeln herauskommen können. Dieses gemeinsame Handeln muß darin bestehen, daß das ge-samte deutsche Volk endlich wieder zur Produktivität, zur Arbeit zurückkehrt. Anders kann von einem Neuaufbau keine Rede sein.

Quittung.

Im Juni gingen noch ein: aus Neustadt, D.-E. 23,60 Mf., Oshag 11,50 Mf., Reichenanu 37,15 Mf.
Die Entgegennahme von Beiträgen für das Internationale Sekretariat ist nun geschlossen. Der Fonds wird aufgelöst und der Verbandskasse überwiesen. Alle Ausgaben für die internationale Verbindung werden fortan aus der Verbandskasse bestritten.
Paul W agener.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 3. August, ist der
31. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.
Gau Hannover. Delmen-horst. V. Josef Heuermann, Relfenstr. 21.
Osnabrück. V. Wilh. Sen-nig, Osningstr. 9.
Gau Düsseldorf. Hüls. V. Heinrich Ebergh, Hubertusstr. 6.
Gau Lürrah. Emmendingen. V. Karl Haberer, Neu-bonnstr. 16.
Gau Stuttgart. Ebingen, Trudtelfingen, Tailingen, Ost-mettingen beschmolzen. Kassie-ger und Geschäftsführer: August Seebacher, Ebingen, Gartenstr. Nr. 17.
Mödingen. K. Eugen Sauer, Friebrain 5.
Erlingen. K. Hans Bauer, Weilstr. 26.
Bietigheim. K. Joh. Zün-del, Geiger, Spinnerei Nr. 25.
Heubach. V. Gustav Schurr, Paradiesstraße.
Stodach. K. Johann Beck-stein, Zwirnerlei Rißdorf, Post Stodach.
Gau Augsburg. Kolber-moos. V. Josef Scheuer, Fried-hofstr. 4.
Gau Oera. Berga. V. Paul Fiedler, Untergeißendorf b. Berga.
Gau Plauen. Müschberg. Georg Thierauf, Ludwigstr. 11 (Bureau).
Gau Chemnitz. Löbnitz. K. Paul Landgraf, Gerberstr. 215.
Obernhausen. K. Franz Sturm, Obernhau.
Gau Neugersdorf. Frei-berg i. Sa. V. Max Helfrich, Marienstr. 4.
Neugersdorf. Kass. und Geschäftsf.: Alwin Penzler, Rit-terstr. 274 C.
Sebnitz. V. Emil Puttrich, Hertigswalder Str. 118.
Gau Liegnitz. Blumenau. V. Paul Bödrich, Donnerau i. Schl., Bahnhofstraße.

Meffersdorf-Wigands-tal. V. Wilh. Seelinger, Neu-Gersdorf, Post Meffersdorf-Wigands-tal. K. Gujt. Bod. Wigands-tal, Post Meffersdorf-Wigands-tal.
Gau Berlin. Güntersberg a. Oder (neu). V. Hermann Hennig, Nr. 61. K. Karl Pretag, Nr. 50.

Ortsverwaltungen.
Neugersdorf. Das Bureau ist geöffnet von 8—1 Uhr und von 3—6 Uhr nachmittags. Für den öffentlichen Verkehr geöffnet von 11—1 und von 5—6 Uhr nachm. Auskunft in gewerblichen Fällen wird nur in der Zeit von 11—1 und von 5—6 Uhr erteilt. Sonn-abend nachmittags ist das Bureau für den Verkehr geschlossen.

Totenliste.
Gestorbene Mitglieder.
Crimmitschau. Elsa Bauer, 16 J.
Dettingen a. b. E. Adolf Häring, Spinnereiarbeiter, 15 J., Un-glücklich. Johannes Stanger, Weber, 23 J., Winddarment-zündung.
Greiz. Lina Saigus, Weberin, 38 J., Herzleiden.
Großhirsberg. Martin Reich, Arbeiter, 25 J., Herzlähmung.
Plauen i. S. Dora Benker, Wieb-lerin, 20 J., Fleischsucht.
Spremberg-L. Marie Dommasch, Zwirnerin, 25 J., Rippenfell-entzündung.
Stadtilsbendorf. Alwine Müller, 22 J., Kehlkopfleiden. Marie Dörries, 24 J., Lungentuberkulose.
Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.
Mitglieder-Versammlungen.
Berga a. Elster. Sonnabend, 9. August.
Berlin. Sticker- und Tabifferie-branche. Donnerstag, 24. Juli.
Magdeburg. Mittwoch, 6. Aug. im „Diamantbräu“, Berliner Straße.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 2. August
Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlicher Redakteur Paul W agener. — Druck: Vor-märts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.